

Wetterau-im-Wandel

Prüfsteine für die Landtagswahl am 28. Oktober 2018

1. Vorgaben zu CO²-Emissionen

Plant Ihre Partei für das Land Hessen, bezogen auf 2020, 2030, 2040, Vorgaben hinsichtlich der prozentualen Reduktion von Kohlendioxid zu machen? Welche weiteren Maßnahmen wird Ihre Partei durchsetzen wollen, um Hessens CO²-Emissionen entsprechend des Pariser Ziels zu begrenzen? Mit welchen Anreizen können Kreise und Gemeinden dazu gebracht werden, ihre jeweiligen Anteile zu erfüllen?

Antwort: *Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Wir wollen den technologischen und wirtschaftlichen Wandel mit Schwerpunkt auf bezahlbare Energie und auf die Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze prägen. Allein in Hessen arbeiten 24.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom und Wärme bis 2050 zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen, Hürden in der Planung beseitigen und neue Flächen ermöglichen. Die Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von Paris werden wir mit sozialverträglichen Maßnahmen erfüllen.*

Wir treten ein für die Förderung regionaler Strukturen für eine integrierte Umweltpolitik, finanzielle Anreize zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich Wärme, die Wiedervernässung von Mooren, die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards in der öffentlichen Beschaffung und das Erreichen der Klimaneutralität der hessischen Landesverwaltung.

Kommunen und Stadtwerke sind wesentliche Akteure der bürgernahen dezentralen Energiewende. Wir sehen die dezentrale Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Kommunen durch die Wiederherstellung der ihnen im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung die Möglichkeit geben, die Chancen der Energiewende für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu nutzen und als Energieerzeuger tätig zu werden. Wir werden dazu die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen zur Eigeninitiative im Energiebereich durch eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Bauordnung verbessern. So werden wir den dezentralen Ausbau fördern, Kommunen, Stadtwerke und Bürgergenossenschaften unterstützen.

Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen beteiligt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fortschritte in der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhöhen. Schon jetzt ist Strom aus erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom. Die Kosten für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Öl, Gas und Uran werden in Zukunft weiter steigen, während die Produktionskosten für erneuerbare Energien weiter sinken werden. Deswegen ist eine hessische Energiewende auch ein wichtiger Eckpfeiler für den Wirtschaftsstandort Hessen.

Wir setzen uns u. a. für einen dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien ein, weil der Ausbau der Übertragungsnetze („Stromautobahnen“) verringert werden kann, wenn Erzeugung und Verbrauch möglichst nah beieinander liegen. Die notwendige regelmäßige Ertüchtigung der Übertragungsnetze und notwendige Lückenschlüsse haben wenig mit der Energiewende, sondern mehr mit den allgemeinen technischen Voraussetzungen eines funktionierenden Stromsystems zu tun. Wir werden die Verteilnetzbetreiber (regionale Netzbetreiber, häufig Stadtwerke) in Hessen bei der Ertüchtigung

ihrer Netze für die Anforderungen der Aufnahme und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Energien und bei der Entwicklung von Flexibilitätsangeboten unterstützen.

2. Verkehr

Welche Regelungen zur Verkehrswende (weg vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr) wird Ihre Partei politisch fordern? Welche Maßnahmen sieht ihre Partei darüber hinaus vor, den CO₂- und Schadstoffausstoß des Sektors Verkehr in Hessen systematisch zu vermindern?

Konkrete Beispiele:

Gedenkt Ihre Partei, e-car-sharing zu fördern und wenn ja, wie?

Welche Techniken im Bereich der e-Mobilität wird Ihre Partei auf Landesebene fördern?

Wie sieht die zugehörige Infrastruktur aus und wie soll diese in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden?

Wie hoch wird die Förderung von Konzepten wie dem Bürgerbus sein?

Antwort: *Wir wollen das Fahren mit Bussen und Bahnen in Hessen attraktiver machen, indem die Fahrpreise deutlich gesenkt und die Einnahmeausfälle über die Solidarfinanzierung kompensiert werden. Wir werden uns zudem für die Umsetzung der Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen einsetzen. Wir werden eine Mobilitätsberatung für die Nutzerinnen und Nutzer des Landes-Jobtickets, das wir unter denselben Bedingungen auch den Kommunen eröffnen wollen, anbieten. Die Mobilitätsberatung ermöglicht eine bewusste Wahl des optimalen Verkehrsmittels. Zudem kann eine effektive Beratung die Schwachstellen im ÖPNV-System explizit darstellen.*

*Wir werden ein **integriertes Mobilitätskonzept** auflegen. Ein Konzept, das alle Verkehrsträger verzahnt und eine nahtlose Mobilitätskette schafft: von der Schiene über den Bus, das Taxi, den Pkw, das Fahrrad bis hin zu den eigenen zwei Beinen. Dafür werden wir beispielsweise die **kommunalen Verkehrsunternehmen** dabei unterstützen, sich zu Mobilitätsdienstleistern weiterzuentwickeln, die die Nutzung von Bussen und Bahnen, Carsharing und Mietfahrrädern unter einem Dach verbinden.*

Mit der Digitalisierung wollen wir unsere Mobilität sicherer und effizienter organisieren. Wir werden daher Hessen zum Vorreiter der Mobilität des digitalen Zeitalters machen. Um eine nutzerfreundliche, schnelle, umweltfreundliche und bezahlbare Verkehrswende zu erreichen, werden wir mit den dafür zuständigen Verbänden, Initiativen und Interessenvertretungen intensiv zusammenarbeiten. Als die Voraussetzung für eine landesweite Vernetzung der Mobilität werden wir den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets und das Ausrollen des neuen Standards 5G vorantreiben. Gemeinsam mit der Automobilindustrie, mit Zulieferern sowie Wissenschaft und Forschung wollen wir auf dem Autobahnnetz und auf Landstraßen in Hessen ein Testfeld für die Erprobung des vernetzten Fahrens schaffen.

Gleichzeitig werden wir junge Unternehmen fördern, die neue digitale Mobilitätskonzepte entwickeln, um die Vernetzung des ÖPNV mit der Nutzung von Autos und Fahrrädern voranzutreiben. Damit die Information der Nutzerinnen und Nutzer über die verschiedenen Mobilitätsangebote in Hessen verbessert wird, wollen wir eine digitale Mobilitätsplattform Hessen Mobil 4.0 schaffen. Wir werden die in Hessen zur Verfügung stehenden Instrumente für unsere verkehrspolitischen Zielsetzungen überprüfen und ggf. anpassen. Ein Instrumentarium hierfür ist für uns das House of Logistics and Mobility (HOLM).

Den Veränderungen im individuellen Mobilitätsverhalten sowie den wirtschaftlichen, ökologischen und regionalen Herausforderungen wird damit Rechnung getragen. Ein integriertes Mobilitätskonzept muss auf die ländlichen Bedarfe etwa im hinteren Vogelsberg andere Antworten geben als auf

städtische wie in Frankfurt. Wir brauchen ein Mobilitätsversprechen für Hessen. Denn alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität.

Wir werden die Belastung von Mensch und Umwelt durch Abgase und Feinstaub in den Städten und Gemeinden weiter reduzieren, ohne dabei die Mobilität einzuschränken. Wir wollen, dass sich jede und jeder Mobilität leisten kann. Unser Ziel ist es, dass bis 2030 in allen hessischen Großstädten keine Busse mit konventionellem Antrieb mehr fahren. Dazu werden wir die Nachrüstung von Dieselmotoren und Taxis sowie die Anschaffung von Bussen mit alternativen Antriebsformen mit Unterstützung des Bundes fördern. Kommunale Verkehrsunternehmen sollen bei der Umstellung ihrer Fuhrparke auf alternative Antriebe ermutigt werden.

Wir werden den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm zu einer wichtigen Säule unserer Verkehrspolitik machen. Ohne eine wirksame Eindämmung der negativen Folgen auf Gesundheit und Umwelt wird die weitere Entwicklung des Verkehrs keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Daher wollen wir innerorts mehr Möglichkeiten für die Einrichtung von verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen erreichen. Der Aus- und Neubau von Schienenstrecken muss mit einem effektiven Lärmschutz einhergehen. Dazu wollen wir eine schrittweise Angleichung der Regularien für die Lärmsanierung an Bestandsstrecken an die Vorschriften der Lärmvorsorge an neuen Strecken erreichen.

Die Fahrradinfrastruktur wollen wir ausbauen: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren, aber auch mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere sowie komfortable Abstellmöglichkeiten.

Die Mobilitätswende in Hessen braucht einen starken Schienenpersonennah- und -fernverkehr. Pünktlichkeit, Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen in unserem Land sein. Um den Schienenverkehr im ländlichen Raum wie dem Wetteraukreis zu stärken, werden wir Strecken wie die Horloffalbahn (Wölfersheim-Hungen) reaktivieren. Gleichzeitig setzen wir uns für die Elektrifizierung und den Ausbau wichtiger Strecken wie die Niddertalbahn ein. Hier ist eine bessere Vertaktung notwendig, die sich nur mit mehr Begegnungsbahnhöfen auf der eingleisigen Strecke realisieren lässt.

Wir werden darüber hinaus wichtige Schienenprojekte für den Regionalverkehr vorantreiben, wie z. B. das dritte und vierte Gleis für die S6 von Frankfurt nach Friedberg (zweiter Bauabschnitt, Bad Vilbel-Friedberg). Schon heute könnte der schienengebundene Nahverkehr in Frankfurt/Rhein-Main und in den Verdichtungsräumen in Mittel- und Nordhessen einen signifikant höheren Anteil an Menschen befördern. Die dafür notwendige Infrastruktur und die Leistungsangebote sind aber nicht in dem benötigten Umfang vorhanden.

Für einen zuverlässigen öffentlichen, auch schienengebundenen Personennahverkehr sind Investitionen in eine gute Infrastruktur notwendig, die verlässlich finanziert sind. Wir werden daher die Mittel für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV im Rahmen des Landesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf 200 Mio. Euro verdoppeln und den Eigenanteil von finanzschwachen Kommunen begrenzen. Gleichzeitig werden wir uns dafür starkmachen, dass die vereinbarte Aufstockung der Bundesmittel auf 1 Mrd. Euro zügig umgesetzt wird. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir den öffentlichen Personenverkehr fit machen. Bei Ausschreibungen für den Betrieb von Bus- und Bahnstrecken wollen wir eine stärkere Berücksichtigung von Arbeits- und Tarifstandards und örtlicher Unternehmen bei der Auswahl der Anbieter. Wir unterstützen die Initiativen auf Bundesebene, das Personenbeförderungsgesetz dahin gehend zu ändern, dass die uneingeschränkte Direktvergabe der ÖPNV-Konzessionen von Kommunen an ihre Verkehrsbetriebe möglich ist.

Die Mobilitätswende in Hessen braucht einen starken **Schienenpersonennah- und -fernverkehr**. Pünktlichkeit, Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen in unserem Land sein. Um den Schienenverkehr im ländlichen Raum wie dem Wetteraukreis zu stärken, werden wir **Strecken wie die Horloffalbahn (Wölfersheim-Hungen) reaktivieren**. Gleichzeitig setzen wir uns für die **Elektrifizierung und den Ausbau wichtiger Strecken wie die Niddertalbahn** ein. Hier ist eine bessere Vertaktung notwendig, die sich nur mit mehr Begegnungsbahnhöfen auf der eingleisigen Strecke realisieren lässt.

Wir werden darüber hinaus wichtige Schienenprojekte für den Regionalverkehr vorantreiben, wie z. B. **das dritte und vierte Gleis für die S6 von Frankfurt nach Friedberg (zweiter Bauabschnitt, Bad Vilbel–Friedberg)**. Schon heute könnte der schienengebundene Nahverkehr in Frankfurt/Rhein-Main und in den Verdichtungsräumen in Mittel- und Nordhessen einen signifikant höheren Anteil an Menschen befördern. Die dafür notwendige Infrastruktur und die Leistungsangebote sind aber nicht in dem benötigten Umfang vorhanden.

3. Energie-Effizienz

Welche landespolitischen Maßnahmen und Regelungen befürwortet Ihre Partei, um die Energie-Effizienz bei landeseigenen Bauten und darüber hinaus bei allen Gewerbe- und Wohnbauten in Hessen zu fördern?

Antwort: Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. Wir werden uns für die Steigerung der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten einsetzen. Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, steigert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vorteilen der Energiewende. (Siehe dazu auch Antwort auf Frage 1.)

4. Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Welche Regelungen in der Hessischen Bauordnung befürwortet Ihre Partei, um zu erreichen, dass Wärme vermehrt klimaneutral erzeugt wird? Befürwortet Ihre Partei eine gesetzliche Pflicht, bei größeren Gewerbebauten den Einbau von Photovoltaik rechtlich zu verlangen.

Tritt Ihre Partei für ein Programm ein, mit dem energiesparende Geräte gefördert werden?

Was hält Ihre Partei von Sozialrabatten auf Stromtarifen?

Welche Maßnahmen will Ihre Partei für die vielen Windkraftanlagen in Hessen ergreifen, die ab Ende 2020 aus dem EEG laufen und nicht repowered werden dürfen, technisch in Ordnung sind, aber sich im „Markt“ nicht gegen Braunkohle- und Atomstrom behaupten können?

Antwort: Die schwarze-grüne Landesregierung tut nicht genug, um den Ausbau der Windkraft an sinnvollen Standorten zu ermöglichen. Die windstärksten Flächen in Hessen sind weitgehend Windausschlussgebiete, obwohl viele der dortigen Städte und Gemeinden Windenergie wollen, weil sie Wertschöpfung in strukturschwache ländliche Räume bringt. Wir stehen zum Ziel des Energiegipfels, 2 % der Landesfläche für den Ausbau der Windenergie an Land bereitzustellen. Dieses Ziel darf nicht zum Papiertiger verkommen. Wir werden daher einen jährlichen Energiewendebericht einführen, der den Zubau der Erneuerbaren ermittelt und nach klaren Kriterien den Bedarf für politisches Nachsteuern aufzeigt. Um nachsteuern zu können, wird die SPD-geführte Landesregierung mit einem neuen Landesentwicklungsplan dafür sorgen, dass windstarke Standorte dann genutzt werden können, wenn die betroffenen Kommunen dies wollen. Die dirigistische Landes- und Regionalplanung ist zu unflexibel. Wir werden mehr auf kommunale Selbstbestimmung setzen, weil so

am besten Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ermöglicht werden. Im neuen Landesentwicklungsplan bleiben wir für neue Standorte bei klaren Mindestabständen zur Wohnbebauung, die mit 1.000 Metern über gesetzlich geforderte Abstände nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz hinausgehen.

Die Energiewende in Hessen funktioniert nur mit Windkraft im Wald, weil die windstarken Kuppen in Hessen überwiegend bewaldet sind. 42 % der Fläche Hessens sind Wald. Dabei reicht die Fläche im Wirtschaftswald völlig aus; die wenigen naturnahen Wälder in Hessen sollen nicht für Windkraft genutzt werden. Wir werden bei der Verpachtung von Windvorrangflächen im HessenForst endlich im Gegensatz zu Schwarz-Grün die Voraussetzungen schaffen, um Kommunen, Stadtwerken und Energiegenossenschaften bessere Chancen zu verschaffen, Windparks im Wirtschaftswald zu betreiben. Dabei sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst nach rheinland-pfälzischem Vorbild an den Pachteinahmen zu beteiligen. Auch dies hat Schwarz-Grün in den letzten Jahren blockiert. Wenn Windenergie durch das EEG immer preiswerter werden soll, können allerdings auch die Pachterlöse von HessenForst nicht immer weiter in den Himmel wachsen. Damit hessische Windenergieprojekte in bundesweiten Ausschreibungsverfahren überhaupt eine Chance haben, muss HessenForst bei den Pachtentgelten Maß halten. Ob abgeschriebene Windkraftanlagen, die aus der Förderung durch das EEG fallen, nicht wirtschaftlich betrieben werden können, bedarf aus unserer Sicht einer Prüfung. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, werden wir uns für geeignete Maßnahmen einsetzen, um diese Anlagen, wo dies sinnvoll ist, am Netz zu halten.

Auch die Nutzung der Solarenergie liegt in Hessen weiter unter ihren Möglichkeiten. Bei den geeigneten Dachflächen in Hessen, die für Photovoltaik (Sonnenlicht zu Strom) oder für Solarwärme (Sonnenlicht zu Wärme) genutzt werden können, gibt es noch erhebliches Potenzial, insbesondere auf Industriegebäuden. Wir wollen diesen Anteil in den nächsten fünf Jahren verdoppeln. Dafür werden wir gesetzliche Überregulation abbauen, um bessere Möglichkeiten für die Nutzung der Solarenergie zu schaffen. Dabei legen wir besonderen Wert auf Mieterstrom-Modelle, die es Mietern ermöglichen, an den gesunkenen Preisen für Solarstrom teilzuhaben. Wir wollen auch den Ausbau der Solarenergie an Schallschutzwänden und -wällen sowie auf Freiflächen, insbesondere auf Konversionsflächen und bereits vorbelasteten Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleisen, weiter vorantreiben. Solarenergie gehört überall dort hin, wo ein sinnvoller Doppelnutzen gestiftet werden kann. Eine Verpflichtung für den Einsatz von Photovoltaik fordert die SPD nicht.

Die Wasserkraft ist wichtig für die Energiewende. Die schwarz-grüne Landesregierung hat mit dem sogenannten Mindestwasser-Erlass die Axt an die Wasserkraft gelegt. Die Landesregierung wird mit der Umsetzung dieses Erlasses erneuerbaren Strom in der Größenordnung des Haushaltsstromverbrauchs von Städten wie Marburg oder Gießen vom Netz nehmen. Statt die Wasserkraft unter einen Anteil von 3 % zu drücken, wollen wir die Rahmenbedingungen für Erhalt und naturverträglichen Ausbau der Wasserkraft auf über 5 % des Stromverbrauchs in Hessen schaffen. Dazu werden wir in einem ersten Schritt den Vollzug des Mindestwasser-Erlasses stoppen und unter Einbeziehung aller Gewässernutzer eine neue Richtlinie erarbeiten. In einem zweiten Schritt werden wir dabei helfen, dass bestehende Wehre wieder für die Wasserkraft genutzt werden können. Für bestehende Wasserkraftwerke schaffen wir ein investitionsfreundliches Klima, um Leistungssteigerungen zu ermöglichen. Dabei achten wir auf den Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Fischerei und der Nutzung von Wasserkraft und fördern dafür neue technologische Möglichkeiten.

Die Nutzung der Biomasse zur Strom- und Wärmegewinnung hat auch in Hessen noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Wir wollen keinen weiteren Ausbau von Monokulturen. Stattdessen ist eine verstärkte energetische Nutzung von Grünschnitt, Bioabfall und Gülle unser Ziel.

Einer Förderung von energiesparenden Geräten oder Sozialrabatten bei den Stromtarifen liegt außerhalb der Zuständigkeit der Landespolitik und ist deshalb auch nicht Teil des Regierungsprogramms der hessischen SPD. Sozialrabatte können ein Instrument sein um soziale Härten stark steigender Energiekosten zu mindern. Die Förderung von Energie-Checks, Thermografieaufnahmen und ähnlichen Maßnahmen, wie sie beispielsweise die OVAG anbietet, begrüßt die SPD.

5. Landwirtschaft

Welche Regelungen schlägt Ihre Partei vor, damit die konventionelle Landwirtschaft umweltverträglicher wird, die industriell betriebene Massentierhaltung reduziert wird sowie der Anteil an lokal erzeugten Bio-Produkten ausgeweitet wird?

Antwort: *Wir setzen uns für den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft ein, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert und den Menschen in den Landwirtschaftsbetrieben ein gutes und stabiles Auskommen sichert. Regionale Lebensmittel, Bioprodukte, Tierwohl und Biodiversität werden wir besonders fördern.*

Die ständige Verfügbarkeit tierischer Nahrungsmittel in breiter Vielfalt und oft zu Niedrigpreisen steht im Gegensatz zu den gesellschaftlich gestiegenen Ansprüchen an die Haltungsbedingungen. Gleichzeitig sind die Nutztierhalter ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Sie müssen höheren rechtlichen Anforderungen an den Tier- und Umweltschutz mit größeren Investitionen in ihre Tierhaltungssysteme begegnen.

Nachhaltige sowie tiergerechte Pflanzenproduktion und Tierhaltung müssen ebenso wie Biodiversität, Boden- und Grundwasserschutz Teil der Ausbildung und Beratung in der Landwirtschaft sein. Unser Ziel sind der Erhalt und die Förderung der flächengebundenen Nutztierhaltung, ebenso der Erhalt der Arten durch eine nachhaltigere Landbewirtschaftung.

Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette stärken. Der Mehrwert der Landwirtschaft für Umwelt, Tier und Mensch muss belohnt und der Gesellschaft vermittelt werden. Wir bauen ein Marketing für regional erzeugte Lebensmittel und Produkte auf und unterstützen ein verbraucherfreundliches und leicht verständliches Kennzeichnungssystem bzw. Label für regional nachhaltig produzierte und vermarktete Lebensmittel. Wir setzen uns für gerechte Entlohnung, angemessene Qualifizierungsmöglichkeiten sowie gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in Garten-, Weinbau, Forsten und Fischerei ein.

Wir wollen eine nachhaltige Landbewirtschaftung, die in der Lage ist, unsere Kulturlandschaft und eine vielfältige Biodiversität für die nächsten Generationen zu erhalten. Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Grünlandbewirtschaftung aufrechtzuerhalten und Bewirtschaftungsmethoden, die zu mehr Artenvielfalt im Grünland führen, gezielt, verstärkt, auskömmlich und verlässlich zu fördern.

Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Lebensmitteln ab. Wir unterstützen daher Landwirtinnen und Landwirte bei der Erzeugung von gentechnikfreien Pflanzen. Wir sehen den extensiven Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung als ein Risiko für Mensch und Umwelt an und werden weitere Anstrengungen unternehmen, um den Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung zu minimieren.

6. Bodenschutz

Tritt Ihre Partei dafür ein, dass hochwertiger Ackerboden nur in extremen Ausnahmefällen für die Ansiedlung von Gewerben oder Wohnsiedlungen genutzt werden darf? Welche rechtlichen Regelungen verfolgt Ihre Partei insoweit?

8. Zersiedelung und Flächenfraß

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei die Zersiedelung der Landschaft und den Flächenfraß in Hessen (täglich 3,6 ha nach NABU-Erkenntnissen) stoppen? Welche Konzepte für die Stärkung ländlicher Strukturen verfolgt Ihre Partei?

Antwort: Die beiden Fragen werden wegen ihrer thematischen Überschneidung zusammen beantwortet.

Wir wollen die Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft sowie den Landesbetrieb HessenForst so vernetzen, dass der verfassungsmäßige Auftrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ein koordiniertes Zusammenwirken bestmöglich umgesetzt wird. Wir wollen den personellen Abbau dieser Verwaltungen stoppen und Aufstockungen gezielt vornehmen, wo sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen. Unser Ziel ist es, den Nettoflächenverbrauch zu reduzieren.

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns dafür ein, dass in Städten und auch Dörfern bestehende Wohngebiete nachverdichtet werden. Außerdem sollten ehemalige Kasernengelände und Industriebrachen für neue Wohnungen genutzt werden. Ehrlicherweise wird aber die Lösung der Wohnraumfrage im Rhein-Main-Gebiet nicht ohne zusätzliche Ausweisung von Wohngebieten „auf der grünen Fläche“ möglich sein.

Wir nehmen unsere Verantwortung für das europäische Schutzgebietsnetz Natura2000 und die hessischen Naturschutzgebiete wahr, indem wir die Maßnahmenpläne zügig fertigstellen und umsetzen und ggf. aktualisieren, notwendige Vergrößerungen der Gebiete vornehmen und alle Flächenverwaltungen auf die Umsetzung der Schutzziele unter Federführung der Naturschutzbehörden verpflichten. Es ist unser Ziel die Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände und Naturschutzbeiräte wieder zu stärken, das Wiederherstellungs- und Entwicklungsgebot zu betonen, den Nettoflächenverbrauch zu reduzieren und die Schutzgebietsausweisung zu erleichtern.

Die hessische SPD setzt sich intensiv für die Stärkung ländlicher Strukturen ein. Der ländliche Raum ist Heimat für Millionen von Menschen in Hessen. Wir wollen seine Chancen nutzen und die Lebensqualität steigern. Den Abzug des Sozialstaates aus der Fläche zu stoppen hat deswegen Priorität. Öffentliche Leistungen wie Gesundheit, Bildung und Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein. Unser zweites Augenmerk gilt der regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Ansiedlung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Als Land wollen wir vorgehen und Teile der Landesverwaltung wieder verstärkt dezentral zu den Menschen in die Fläche verlagern. Schon jetzt ist der ländliche Raum häufig Sitz vieler „Hidden Champions“ im Mittelstand. Im Dialog mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik wollen wir regionale Entwicklungspotenziale ausschöpfen und neue Impulse für die regionale Wirtschaftskraft geben. Basis ist die Modernisierung der regionalen Infrastruktur, vor allem um die Mobilität zu verbessern. Auch das wird den ländlichen Raum weiter aufwerten.

7. Wasserschutz

Welche landespolitische Initiativen wird Ihre Partei verfolgen, um eine vierte Reinigungsstufe in hessischen Kläranlagen wirtschaftlich möglich zu machen, damit Reste von Medikamenten, Hormonen u.ä. Spurenstoffen abgefiltert werden können? Welche Präventivmaßnahmen (z.B. Rückhaltesysteme in Krankenhäusern) hält Ihre Partei für sinnvoll?

Was will Ihre Partei tun, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren?

Antwort: *Wir wollen die hessischen Auenverbände als pestizid- und düngemittelfreie Räume weiterentwickeln. Wir wollen Gewässerrandstreifen und Auen vermehrt realisieren und weiterentwickeln. Dies gibt vielen Tieren und Pflanzen Lebensräume und dient zudem der Vorsorge für klimawandelverursachte Wetterextreme.*

Die ökologisch verantwortbare Ressourcenverwaltung des Wassers und dessen Bereitstellung für alle muss ausschließlich in öffentlicher Aufsicht liegen. Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Eine Privatisierung lehnen wir deshalb ab. Bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen müssen die Auswirkungen auf den ökologischen Wasserhaushalt untersucht werden. Dies wollen wir in der Regionalplanung verankern. Es muss vermieden werden, dass Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden können. Um eine Verbesserung der Belastung des Grundwassers durch Nitrat zu erreichen, wollen wir die Landwirtschaft konzeptionell und finanziell unterstützen. Wir wollen alle Maßnahmen einleiten, die notwendig sind, die Wasserrahmenrichtlinie der EU umzusetzen, mit dem Ziel, die Gewässer europaweit spätestens bis zum Jahr 2027 in einen ökologisch, chemisch und biologisch guten Zustand zu bringen.

Der Schutz des Grundwassers hat für uns einen hohen Stellenwert. Grund- und Trinkwasser dürfen nicht weiter durch Medikamente, Wasch- und Reinigungsmittel, Pestizide usw. belastet werden. Wir unterstützen daher die Erforschung von Alternativen zu den bisherigen Chemikalien und den weiteren technischen Ausbau der Gewässerreinigung.

9. Resilienz

Was sind ihrer Meinung nach wichtige Punkte, die in Stadtentwicklungs- und Flächenplanungszielen berücksichtigt werden sollten, um die Anpassungsfähigkeit von Städten und Regionen an ein sich wandelndes Klima zu fördern?

Antwort: Diese Zukunftsfrage werden wir unter Beteiligung der für die Raumplanung zuständigen Institutionen und der Kommunen sowie der Wissenschaft diskutieren und daraus folgende Indikationen für Stadt- und Flächenplanung umsetzen. Neben vielen weiteren Aspekten sollten hierbei vor allem Themen wie öffentliche Wasserspender, Frischluftschneisen, der Schutz von Kaltluftentstehungsgebieten und eine integrierte Grün- und Freiflächenplanung behandelt werden. Hierbei sollen insbesondere neue Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus anderen Teilen der Welt Berücksichtigung finden.

10. Plastikverbrauch

Welche Maßnahmen und welche Regelungen sollen nach Ihrer Auffassung auf Landesebene greifen, damit der Plastikverbrauch nicht weiter zunimmt, sondern rückläufig wird?

Wir unterstützen die bereits getroffenen und weiter geplanten Maßnahmen auf europäischer und Bundesebene, den Plastikverbrauch zu begrenzen, sei es durch Selbstverpflichtung des Handels und der Herstellerfirmen, sei es durch gesetzliche Regelungen.

11. Biodiversität

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei dazu beitragen, dass der Verlust an Biodiversität, insbesondere das Insektensterben, gestoppt wird?

Antwort: *In den letzten 30 Jahren ist der Bestand an Fluginsekten und Vögel stark zurückgegangen. Eine SPD-geführte hessische Landesregierung wird sich ohne Zeitverzug der bundesweiten*

Projektarbeit „Jeder Gemeinde ihr Biotop“ anschließen. Ziel ist die Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen für artenreiche Lebensgemeinschaften. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die hessischen Gemeinden in allen Fragen im Zusammenhang der Umsetzung dieser Initiative beraten und personell wie finanziell unterstützen.

Wir wollen dem Verlust an biologischer Vielfalt entgegenwirken und bedrohte Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume wirkungsvoll schützen. Wir werden Landwirte und den Naturschutz unterstützen, den Tier- und Pflanzenarten der Agrarlandschaft mehr Raum zu geben, um die vielfältigen hessischen Landschaften zu erhalten.

Wir wollen die Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft sowie den Landesbetrieb HessenForst so vernetzen, dass der verfassungsmäßige Auftrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ein koordiniertes Zusammenwirken bestmöglich umgesetzt wird. Wir wollen den personellen Abbau dieser Verwaltungen stoppen und Aufstockungen gezielt vornehmen, wo sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen. Staatsdomänen und domänenfiskalischer Streubesitz müssen vorbildhaft im Sinne des Naturschutzes bewirtschaftet werden. Die Pachtbedingungen werden wir entsprechend anpassen.

Wir erkennen die Jagd als nachhaltige Nutzungsform an und wollen sie weiterhin stärken. Wir freuen uns über die Rückkehr von einstmals ausgerotteten Tierarten und werden ihre Ausbreitung durch präventive Maßnahmen und einen fairen Ausgleich von Schäden begleiten.

12. Bildung

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass die siebzehn nachhaltigen Entwicklungsziele Eingang in die verschiedenen öffentlichen Bildungseinrichtungen Hessens finden und dort im Rahmen des Unterrichts vermittelt werden?

Antwort: *Für die SPD ist das Universalthema Nachhaltigkeit nicht nur eine Phrase. Mit dem Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nehmen wir uns vor, Bildung für die Dauer eines ganzen Lebens zu planen, und darüber hinaus. Wer Verantwortung für die Zukunft übernehmen wolle, muss Nachhaltigkeit zur obersten Maxime machen. Und Bildung ist der Weg dazu. Entsprechende Beschlüsse wurden auf Bundesebene bereits getroffen und Informationen zum Programm finden sich unter: www.bne-portal.de*

Nur mit „nachhaltiger Bildung“ kann man „die Herzen und Köpfe“ der Bürgerinnen und Bürger weltweit für Nachhaltigkeit erreichen. Für die SPD ist klar: Das Thema Nachhaltigkeit muss nicht nur in Parlamenten und Gremien diskutiert werden, sondern vor allem in „Wohnzimmern“ und „Klassenzimmern“.

Es ist besonders wichtig, früh bildungspolitisch anzusetzen. Deswegen muss die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auch in den Kitas verankert werden. Die SPD wird dafür eintreten, entsprechende Lerninhalte im Schulunterricht zu stärken, aber auch positive außerschulische Beispiele wie die Umweltwerkstatt in Assenheim müssen besser gefördert und so das Bildungsangebot für noch mehr Menschen zugänglich gemacht werden.

13. Förderung der regionalen Wertschöpfung

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um der wachsenden Macht der „Global Player“ des Internet-Versandhandels entgegenzuwirken und den lokalen Handel zu stützen und zu stärken, u.a. auch, um einer weiteren Verödung der Innenstädte in Hessen entgegenzuwirken?

Antwort: Hier sind wir als Gesellschaft alle gefragt! Wir müssen bei und selbst und unseren eigenen Konsumentenscheidungen anfangen. Wir müssen unser eigenes Nutzungsverhalten so ändern, dass der lokale Handel unterstützt wird.

Das Land muss die Kommunen dabei unterstützen, ihre Ortskerne und Innenstädte wiederzubeleben. Trotzdem bleibt die Entwicklung der an die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenen Konzepte eine Aufgabe der jeweiligen Städte und Gemeinden. Positive Beispiele finden sich dafür in DEMO, dem sozialdemokratischen Magazin für Kommunalpolitik, Ausgabe 01/02 2018 (https://www.demo-online.de/system/files/demo_heft_01_02_2018.pdf).

14. Fair gehandelte Produkte

Strebt Ihre Partei an, das Angebot an fair gehandelten Produkten in Hessen zu erhöhen und insbesondere, was den Eigenbedarf Ihrer Partei sowie von Behörden und öffentlichen Einrichtungen angeht, auf fair gehandelte Produkte zurückzugreifen?

Antwort: Es gibt in Hessen positive Beispiele auf kommunaler Ebene, die unterstützt werden müssen. Außerdem sollten die Übertragung dieser positiven Beispiele auf andere politische Ebenen angestrebt werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um den Konsum von Waren und Dienstleistungen im Interesse der Umwelt und der Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehört die Förderung der Lebenszyklusperspektive von Produkten, also die Berücksichtigung von Produktions- und Entsorgungsauswirkungen sowie des fairen Handels im Sinne guter Arbeitsbedingungen in den Herstellungsländern. Wir unterstützen die Einführung einfacher und verlässlicher Kennzeichnungen zur Orientierung der Verbraucherinnen und Verbraucher, etwa durch Orientierungslabel, die wesentliche Kriterien der Nachhaltigkeit und des fairen Handels abdecken.

15. Steuerflucht

Welche landesrechtlichen Maßnahmen (z.B. Einstellung von mehr Steuerprüfern; Ankauf von CDs) verfolgt Ihre Partei, um der Steuerflucht Einhalt zu gebieten?

Antwort: Wir werden Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Der Kampf gegen Steuerschlupflöcher, gegen Steuerhinterziehung und die Steuertricksereien von Konzernen muss endlich auch in Hessen konsequent aufgenommen werden.

Wir wollen eine erstklassig ausgestattete hessische Steuerverwaltung, die modern, bürgerfreundlich und auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der großen Unternehmen, den Steuerberatungsgesellschaften und Anwaltskanzleien arbeitet. Der gleichmäßige und gerechte Vollzug der Steuergesetze erfordert hoch qualifiziertes Personal. Hierfür sind nach dem Grundgesetz die Länder verantwortlich. Stellenabbau in den zurückliegenden Jahren, hohe Altersabgänge und dadurch bedingter Wissensverlust, jährlich neue Rechtsänderungen und Anwendungsvorschriften, fortschreitende Digitalisierung, aber auch Steuerhinterziehung bzw. aggressive Steuergestaltung am Rande und jenseits der Legalität mit Milliardenverlusten für den Staat (z. B. durch Cum-/Ex- oder Cum-/Cum-Aktiengeschäfte, Umsatzsteuerkarusselle, die Verschleierung von Einkünften durch ausländische Konten, Stiftungen, Briefkastengesellschaften und komplexe Offshore-Konstruktionen) stellen die Beschäftigten der Finanzbehörden vor enorme Herausforderungen. Diese nehmen auch künftig nicht ab, zumal der internationale zwischenstaatliche Austausch von Steuerdaten in naher Zukunft in bisher nicht da gewesenem Ausmaß einsetzen wird.

Wir werden daher die technische Ausstattung der Finanzverwaltung verbessern und für mehr Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-innen sorgen. Die Anzahl der Finanzbeamten, die sich ausschließlich mit der Identifizierung und Bewertung von groß angelegten Steuerhinterziehungs- und -umgehungsmodellen beschäftigen, werden wir deutlich erhöhen. Denn wir haben im Sinne der

Steuergerechtigkeit den Anspruch, bundesweit Maßstäbe zu setzen. Es ist geradezu ein Hohn, dass der noch amtierende hessische Finanzminister nach jahrelanger Untätigkeit und der hessischen Steuerfahnderaffäre nun kurz vor der Wahl auch auf die Idee kommt, in diesem Bereich neue Stellen zu schaffen.

16. Verantwortung für die Welt

Welche Maßnahmen und Initiativen würden Sie fördern, um global zu mehr sozialer Gerechtigkeit, der Bekämpfung von Hunger und Armut und der Erhaltung von natürlichen Lebensgrundlagen kleiner Produzenten beizutragen, die in vielen Regionen durch das Agieren internationaler Konzerne gefährdet sind?

Antwort: *Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit.*

Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in ihren eigenen Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und zusammen mit den Ländern des globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. Deutschland muss alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachhaltigkeitsziele national bis 2030 zu erreichen. Zudem muss Deutschland verstärkt die Länder des Globalen Südens bei ihren Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum unterstützen und die Sustainable Development Goals zur Praxis in den multinationalen Organisationen machen.

Die Globalisierung lässt sich nur mit starken Partnern gestalten. Dazu gehören handlungsstarke Regierungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armuts- und Hungerregionen ausrichten. Über 800 Millionen Menschen sind davon weltweit betroffen. Wir wollen dazu beitragen, den Menschen im globalen Süden Lebensperspektiven aufzubauen und zu sichern. Damit leisten wir einen Beitrag zur Konfliktprävention und helfen, dass Menschen in ihrer Heimat Perspektiven finden.

Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt bleibt ein wesentliches Ziel unserer Entwicklungspolitik. Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung und insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern als einen zentralen Baustein an. So leben drei von vier hungernden Menschen in den Entwicklungsländern im ländlichen Raum. Diesen gilt es durch Investitionen in die Infrastruktur strukturell zu stärken, einschließlich sozialer Sicherungssysteme, guter und leicht erreichbarer Bildungs- und Gesundheitsangebote, der Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft, der Förderung von Wertschöpfung vor Ort und des Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingimporten. Wir setzen uns zudem für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und werden „landgrabbing“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatguthandels durch einige wenige Agro-Business-Konzerne nicht akzeptieren. Weiterhin wollen wir eine Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene, beispielsweise im Rahmen der Initiative im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wir bei ihrem Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen.